



Jetzt mit
eLearning

*besser
lernen*

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre

Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten

5., aktualisierte Auflage

Peter Bofinger

CDU 1947 in ihrem „Ahlener Programm“ eine „Vergesellschaftung der Schwerindustrie und eine staatliche Planung der Wirtschaft“ gefordert hatte. Es ist Erhards Verdienst, dass er für Westdeutschland nicht nur eine marktwirtschaftliche Ordnung etabliert hat, sondern dass er an diesem Ordnungsprinzip auch gegen viele Widrigkeiten unbeirrt festgehalten hat. Denn es gab in den Anfangsjahren nicht unerhebliche wirtschaftliche Probleme in Westdeutschland: Die Arbeitslosigkeit und die Preise stiegen nach 1948 zunächst deutlich an. Es kam am 12. November 1948 sogar zu einem Generalstreik gegen seine Politik. Es dauerte bis zum Frühjahr 1951, bis erstmals klar und deutlich erkennbar war, dass es sich bei der Marktwirtschaft tatsächlich um eine Erfolgsgeschichte handelt.

Die fundamentalen Unterschiede zwischen der Planwirtschaft und der Marktwirtschaft wurden in Kapitel 4 bereits ausführlich dargestellt. In den Worten von Ludwig Erhard:

„Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschrittes und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten.“ (Erhard, 1964, S. 8).

Zweite Lektion: Wie das System des Straßenverkehrs benötigt auch das System der Marktwirtschaft „kluge Regeln“

Wir alle schätzen den Individualverkehr, weil er uns eine große Bewegungsfreiheit ermöglicht. Aber es ist uns auch bewusst, dass ein solches System nur dann funktionieren kann, wenn es verbindliche Regeln gibt, an die sich alle Verkehrsteilnehmer halten müssen. Und es ist offensichtlich, dass diese Regeln nicht auf einer freiwilligen Basis entstehen werden; man benötigt hierfür die ordnende Hand des Staates. Nicht anders ist es bei dem System der Marktwirtschaft. Ludwig Erhard hat das wie folgt formuliert:

„Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen.“ (Erhard, 1964, S. 9).

Dabei kommt es ähnlich wie beim Straßenverkehr darauf an, nicht alles und jedes zu regeln, da sonst dem System seine Dynamik genommen wird. Mit seiner Abneigung gegen eine überbordende Bürokratie würde Erhard auch heute noch „Standing Ovation“ bekommen.

Zu den Regeln, die erforderlich sind, damit das System der Marktwirtschaft nicht zum Selbstzweck wird, sondern möglichst vielen Menschen dient, zählen natürlich auch die vielfältigen Mechanismen der sozialen Sicherung und Umverteilung. Erhard war sich dessen voll bewusst, wenn er feststellte, „dass auch eine noch so gute Wirtschaftspolitik der Ergänzung durch sozialpolitische Maßnahmen bedarf.“ (Erhard, 1964, S. 246). So gab es unter Erhard eine ausgesprochen progressiv ausgestaltete Einkommensteuer. Das Wirtschaftswunder begann mit einem Spitzensteuersatz von 80 Prozent, 1954 wurde er auf 70 Prozent und ab 1958 auf 53 Prozent gesenkt.⁴ Der westdeutsche Staat benötigte in der Nachkriegszeit viel Geld:

- für die Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten,
- für den Lastenausgleich zwischen denen, die im Krieg ihr Eigentum verloren hatten, und denen, die es behalten konnten, und vor allem auch

4 Siehe dazu Bach (2013).

- für die Förderung des Wohnungsbaus, um die kriegsbedingte Wohnungsknappheit zu überwinden.

Erhard war jedoch kein Anhänger einer umfassenden staatlichen Umverteilung. Im Gegenteil: Seiner Meinung nach ergab sich das Soziale an der Marktwirtschaft vor allem daraus, dass diese Wirtschaftsordnung zu einem deutlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts führen würde, womit sich dann auch die Lage der sozial Schwächeren bessern ließe, ohne die Einkommen der „Reichen“ zu reduzieren. Er betonte deshalb,

„dass die gerade von mir angestrebte Erhöhung des Lebensstandards nicht so sehr Verteilungs- als vielmehr Produktions- bzw. Produktivitätsprobleme berührt. Die Lösung liegt nicht in der Division, sondern in der Multiplikation des Sozialprodukts.“ (Erhard, 1964, S. 216).

Erhard als ein früher Verfechter der heute in so vielen Sonntagsreden eingeforderten „Eigenverantwortung“ angesehen werden, wenn er feststellte:

„Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstversorgung gewährleistet ist.“ (Erhard, 1964, S. 246).

Erhard schwebte ein Menschenbild vor, bei dem der Einzelne sagt:

„Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ (Erhard, 1964, S. 251).

Der Ruf dürfe deshalb nicht lauten:

„Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und hilf mir.“ (Erhard, 1964, S. 252).

Auf der anderen Seite war Erhard wohl auch kein Anhänger eines Kapitalismus angelsächsischer Prägung, der sich durch einen sehr mageren Staat mit nur gering ausgeprägten kollektiven Sicherungsmechanismen auszeichnet. Erhard war der Auffassung, dass soziale Sicherheit in „hohem Maße wünschenswert“ sei und er sah ein zentrales Ziel seiner Wirtschaftspolitik darin,

„Millionen von Menschen, die noch immer mit den Sorgen des Alltags belastet sind, endgültig von diesen Kümernissen zu befreien.“ (Erhard, 1964, S. 234).

Ludwig Erhards Modell der Sozialen Marktwirtschaft zielte also darauf ab, das Soziale in erster Linie auf dem Wege einer allgemeinen Wohlstandsmehrung und damit durch die Leistungsbereitschaft eines jeden einzelnen zu erreichen. Zugleich sollte das Ganze aber auch durch eine staatliche *Sozialpolitik* abgesichert werden, die so beschaffen sein muss, dass sie den Schwachen hilft, ohne die Leistungsanreize zu beschädigen.

Das ist eine schwierige Gratwanderung. Es gibt dabei keine von vornherein optimale Lösung, und wie bei den Verkehrsregeln und anderen staatlichen Eingriffen wird man auch bei der staatlichen Regelung des Wirtschaftssystems Lösungen finden müssen, die zu den kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnissen eines Landes passen. So sind wir in Deutschland im Vergleich zu den Vereinigten Staaten sehr liberal, was die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen angeht, dafür sind dort die Regelungen über den Besitz von Waffen ausgesprochen großzügig.

Dritte Lektion: Die Lösung der meisten wirtschaftlichen Probleme kann durch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreicht werden

Diese Lektion hat Ludwig Erhard besonders plakativ formuliert:

„Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik hat immer darin bestanden, dass wir vor Spannungen niemals zurückgewichen sind, sondern die Lösung immer im dynamischen Durchbruch nach vorn, d.h. also in der Expansion, gesucht und gefunden haben.“
(Erhard, 1964, S. 225).

Ein solcher uneingeschränkter Wachstumsglaube wird heute kaum noch geteilt. So fragen sich viele:

- Kann denn eine Volkswirtschaft einfach immer weiterwachsen?
- Sind denn die Bedürfnisse der meisten Menschen nicht schon weitgehend gedeckt?
- Und: Kann man der Umwelt ein ungebremstes wirtschaftliches Wachstum zumuten?

Die Frage nach der Begrenztheit unserer Nachfragekapazitäten wird häufig von Menschen gestellt, die über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen verfügen und sich deshalb ihre Bedürfnisse weitgehend erfüllen können. Dabei vergessen sie, dass es in jeder Gesellschaft viele Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich mit deutlich geringeren Einkommen durchs Leben bringen und dabei auf viele Annehmlichkeiten verzichten müssen. Erhard hielt es dabei für sehr viel besser,

„die Wohlstandsmehrung durch die Expansion zu vollziehen, als Wohlstand aus einem unfruchtbaren Streit über eine andere Verteilung des Sozialprodukts erhoffen zu wollen.“ (Erhard, 1964, S. 10).

Die Wachstumspessimisten oder -skeptiker sind häufig auch Menschen mit einer geringen Fantasie. Versetzen wir uns einmal in die Situation des Jahres 1965 oder 1975. Damals waren die meisten Menschen davon überzeugt, dass sie mit den modernen Automobilen, dem Fernsehen und sogar dem Farbfernsehen und den Düsenflugzeugen über alles verfügten, was technologisch machbar ist. Wer hätte sich damals die enormen technischen Revolutionen auf dem Gebiet der Informations- und Telekommunikationstechnologie träumen lassen? Und wer kann heute wissen, welche neuen Umwälzungen noch anstehen, vielleicht in der Bio-Medizin, vielleicht in der Energietechnologie?

Besonders wichtig ist die Frage, wie sich ein anhaltendes Wirtschaftswachstum auf die Umwelt auswirken wird. Auch hier hat Ludwig Erhard ein wichtiges Grundprinzip erkannt. Wenn man will, dass in einer Gesellschaft auch andere Werte als die des Materialismus zur Geltung kommen, ist es wichtig, dass man zunächst einmal den allgemeinen Wohlstand der Menschen anhebt. Erhard formulierte das wie folgt:

„Kein Einwand wird mich davon abbringen, daran zu glauben, dass Armut das sicherste Mittel ist, um die Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen.“ (Erhard, 1964, S. 228).

Und es folgte für ihn daraus:

„Mit der Sicherung des sozialen Seins wird es gewiss zu einer stärkeren Besinnung kommen, die Gut und Böse, Wert und Unwert besser zu unterscheiden vermag.“
(Erhard, 1964, S. 227).

Und genau so ist es in Westdeutschland in der Nachkriegszeit gekommen. Nachdem die „Fresswelle“, die „Autowelle“ und die „Reisewelle“ über das Land hinweggegangen waren, fingen viele Menschen an, sich auch auf andere Werte zu besinnen und es kam in den 1970er-Jahren zur Ökobewegung, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass unsere Umwelt in vielen Bereichen in einer besseren Verfassung ist als vor drei oder vier Jahrzehnten. Eine angemessene materielle Absicherung der Menschen ist daher nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Umweltschutz die erforderliche politische Unterstützung findet. Dies zeigt sich bei der Entwicklung in China. Nach einem mit hohen Umweltkosten verbundenen Wachstumsprozess versucht die Regierung nun zunehmend auf weniger umweltbelastende Technologien (insbesondere Elektromobilität und Erneuerbare Energien) umzusteigen.

Aber es besteht kein Zweifel, dass Wirtschaftswachstum auf Dauer nur in dem Maße möglich sein wird, indem es zu einer weitgehenden Entkopplung des Wachstums von den Umweltbelastungen kommen kann,

Vierte Lektion: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum erfordert einen Anstieg der Reallöhne, der dem Produktivitätsfortschritt entspricht

In Deutschland ist die wirtschaftspolitische Diskussion traditionell durch eine angebotsseitige Sichtweise geprägt.⁵ Wie in *Kapitel 30* ausführlich gezeigt wird, gibt es keinen Zweifel, dass eine größere Verfügbarkeit von Gütern nur möglich ist, wenn die Menschen mehr oder produktiver arbeiten. Aber für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum kommt es gleichzeitig immer auch darauf an, dass die zusätzlich produzierten Güter auch auf eine wachsende Nachfrage stoßen. Dem Automobilfabrikanten Henry Ford (1863–1947) wird der Ausspruch zugeschrieben:

„Cars don't buy cars.“

Die Einsicht, dass es nicht nur auf das Angebot, sondern immer auch auf die Nachfrage ankommt, wird in Ludwig Erhards Schriften sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Als Sohn eines Einzelhändlers, seine Eltern betrieben in Fürth ein Wäschesgeschäft, und als studierter und promovierter Volkswirt wusste er, wie wichtig der private Verbrauch für die wirtschaftliche Dynamik ist. Unter der Überschrift „Der Wille zum Verbrauch“ schrieb er:

„Der Zustand einer in Permanenz optimal ausgelasteten Wirtschaft, die zugleich die Wachstumskräfte lebendig halten und im Fortschritt bleiben will, setzt allerdings eine dynamische und im Grunde konsumfreudige Bevölkerung voraus. Erst dieser von mir oft angeschnittene Wille zum Verbrauch gestattet es, dass sich die Produktion ohne

⁵ Siehe dazu Bofinger: The long shadow of Walter Eucken. <https://voxeu.org/article/german-macroeconomics-long-shadow-walter-eucken>

Störung fortentwickeln kann und dass das Streben nach Rationalisierung und Leistungsverbesserung lebendig bleibt. Nur wenn vom Verbrauch her (selbstverständlich auch dem produktiven) ein fortdauernder Druck auf die Wirtschaft ausgeübt wird, bleibt auch in der Produktionssphäre die Kraft lebendig, sich einer gesteigerten Nachfrage beweglich anpassen zu wollen und entsprechende Risiken zu tragen.“ (Erhard, 1964, S. 222).

Fünfte Lektion: Zur Marktwirtschaft gehört eine „freizügige Lohnentwicklung“

Wie kann es nun dazu kommen, dass sich der private Verbrauch in einer Volkswirtschaft dynamisch entwickelt? Für Ludwig Erhard setzte das eine „freizügige Lohnentwicklung voraus:

„Wer meine Auffassung kennt, weiß, dass zu dieser Konzeption als wesentliches Element eine freizügige Lohnentwicklung gehört. Zum wiederholten Male habe ich darum erklärt, dass der oft geübte Widerstand der Arbeitgeber gegenüber Lohnerhöhungen (...) nicht in das System der Marktwirtschaft passt. Ein solcher Widerstand missachtet die Zielsetzung der Marktwirtschaft, so wie ich sie verstehe, sogar gröblich. Es scheint mir misslich, wenn die Arbeitgeber niemals von sich aus eine Aktivität zugunsten einer an sich möglichen Lohnerhöhung ergreifen, sondern immer erst dann tätig werden, wenn die Gewerkschaften darauf drängen.“ (Erhard, 1964, S. 211).

Konkret war er der Überzeugung, dass der Wohlstand am besten gemehrt wird, indem man

„allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen ließe.“ (Erhard, 1964, S. 8).

Dies entspricht vom Prinzip her dem Konzept der „kostenniveau-neutralen Lohnpolitik“, das vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem ersten Jahresgutachten (1964/65) entwickelt wurde. Man spricht auch von einer „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“. Wenn die Löhne nach Maßgabe der Produktivität steigen, bleiben die Lohnstückkosten konstant. Wenn dann bei den Tarifverträgen zusätzlich eine Kompensation für die Inflationsentwicklung vereinbart wird, die sich am Zielwert der Notenbank ausrichtet, ergibt sich eine Inflationsrate, die genau diesem Zielwert entspricht.

Die Einsicht, dass ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur möglich ist, wenn davon die Breite der Bevölkerung profitiert und somit eine wachsende Ungleichheit der Einkommen vermieden wird, ist in den vergangenen Jahren von Ökonomen des Internationalen Währungsfonds auch empirisch gestützt worden:

“Growth and inequality-reducing policies are likely to reinforce one another and help to establish the foundations for a sustainable expansion.”⁶

Eine Wirtschaft kann allerdings auch bei stagnierenden Reallöhnen wachsen. So sind die Reallöhne in Deutschland von 2000 bis 2007 um 2 % gesunken (Bruttolöhne je Arbeitnehmer), die Wirtschaft ist jedoch um 10,4 % gewachsen. Dies war nur möglich, weil in der gleichen Zeit die deutschen Exporte um 65 % (preisbereinigt) zugelegt

6 Vergleiche dazu Berg und Ostry (2011).